Nummer 313

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Mittwoch, 9. Juli 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsende

Verantwortl. Leiter handelsteil: Walther Sunk, Politischer Teil: i. V.: Arnold Seglin, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhard Kenner Inseratenteil: i. V.: A. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,80 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche sechsmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspedi teure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Kompromißbemühungen.

Obligatorische Gemeindekopfsteuer — verstärkte Etatabstriche — eingeschränkte Darlehnspflicht für die Arbeitslosenversicherung?

Nächtliche Parteiführerbesprechungen.

Die Verschiebung der für gestern angesetzten Beratung des Steuerausschusses über das neue Deckungsprogramm auf Mittwoch (vielleicht gar auf Donnerstag?), die auffallende Zurückhaltung der Redner der Regierungsparteien in der gestrigen Plenarsitzung des Reichstages kennzeichnen deutlich die parlamentarische Lage, die noch zu keiner Klärung, geschweige denn zu einer Entscheidung der umstrittenen Finanzfragen geführt hat. Vorläufig stehen sich innerhalb der Regierungsparteien noch starke sachliche Gegensätze gegenüber, und zwar auf der einen Seite Zentrum, Volkskonservative und Bayerische Volkspartei, die das Deckungsprogramm restlos billigen, auf der anderen Seite Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christlich-Nationale Bauern, deren abweichende Anschauungen und Forderungen ja bekannt sind. Die Demokraten stehen ziemlich unentschieden in der Mitte. Grundsätzlich teilen sie zwar die Auffassungen der Deutschen Volkspartei, auf der anderen Seite sind sie aber bis zu einem gewissen Grade durch ihren Finanzminister an dessen Deckungsprogramm gebunden. Von ihnen in erster Linie gehen daher auch die hauptsächlichsten Bestrebungen aus, die auf die Herstellung eines Kompromisses hinarbeiten. Dabei scheint weniger an eine Abänderung des Deckungsprogramms als an seine Ergänzung im Sinne gewisser Forderungen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei gedacht zu sein. Man will offenbar vorschlagen, daß Teile der für den Herbst geplanten „großen Finanzreform", die auf einen neuen Finanzausgleich und auf die Beseitigung der finanziellen Mißwirtschaft der Gemeinden abzielen, vorweggenommen und, zum Beispiel die Einführung einer Gemeindekopfsteuer oder Bürgerabgabe und die Besteuerung der öffentlichen Betriebe, schon jetzt gesetzlich festgelegt werden sollen.

Soweit sich die Dinge überblicken lassen, sind auch Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei nicht abgeneigt, auf dem Boden dieser Kompromißvorschläge zu treten. Allerdings fordert die Deutsche Volkspartei darüber hinaus noch einen Verzicht auf den im Deckungsprogramm vorgesehenen fünfprozentigen Einkommensteuerzuschlag. Die 58 Millionen, die dieser Zuschlag erbringen würde, sollen nach Auffassung der Deutschen Volkspartei durch verstärkte Abstriche am Etat für 1931 über die im Dietrichschen Programm vorgesehenen 100 Millionen hinaus wieder ausgeglichen werden. In einer Unterredung, die gestern im Reichstag stattfand, dürfte der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei den Reichskanzler über diese Wünsche der Deutschen Volkspartei hinreichend unterrichtet haben. Gerüchte, wonach Dr. Brüning sich ziemlich entgegenkommend ausgesprochen haben soll, haben vorläufig noch keine Bestätigung gefunden.

Um 20 Uhr traten dann die Parteiführer der Regierungsparteien in der Reichskanzlei zur Fortsetzung der am Freitag abgebrochenen Besprechungen zusammen.

Um 23 Uhr waren die Beratungen, an denen sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister teilnahmen, noch im Gange; mit ihrer Ausdehnung bis in die ersten Morgenstunden wurde gerechnet. Wie verlautet, ist die Forderung der Deutschen Volkspartei, daß der fünfprozentige Einkommensteuerzuschlag aus dem Deckungsprogramm herausgenommen werden soll, auf sehr starken Widerstand des Zentrums gestoßen. Die Deutsche Volkspartei hat daraufhin offenbar diese Frage zunächst wieder zurückgestellt und ist statt dessen mit einer neuen Forderung hervorgetreten, die sich auf die Arbeitslosenversicherungsreform bezieht, und zwar wird verlangt, daß die in § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorgesehene unbegrenzte Darlehnspflicht des Reiches wenn nicht völlig aufgehoben, so doch zum mindesten stark eingeschränkt und auf einen festen jährlichen Zuschuß von höchstens 250 bis 300 Millionen begrenzt werden soll. Weiter hält die Deutsche Volkspartei an ihrem bereits oben erwähnten Verlangen nach obligatorischer reichsgesetzlicher Einführung einer Gemeindekopfsteuer fest. Die Kopfsteuer oder Bürgergabe soll den Gemeinden eine Senkung der Realsteuern ermöglichen.

Unmittelbar vor Mitternacht wurden die Beratungen abgebrochen und folgendes

amtliche Kommuniqué

ausgegeben: „In der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattgehabten Parteiführerbesprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm der Reichsregierung auf das eingehendste erörtert, wobei die Parteien als Ergänzung zu diesem Programm Anregungen vorbrachten. Ueber diese Anregungen wird das Reichskabinett am Mittwoch nachmittag seine Entscheidung treffen und alsdann die Fraktionen darüber zur endgültigen Stellungnahme auffordern."

Die Volkskonservativen zur Finanzreform.

Die parteioffiziöse Korrespondenz der Volkskonservativen schreibt:

Die Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens zum Willen der Reichsregierung, eine ehrliche und sparsame Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden unter allen Umständen und für die Dauer herbeizuführen, ist die Voraussetzung für eine Zustimmung unserer Gruppen zu der in den vorliegenden Finanzgesetzen vorgeschlagenen Zwischenlösung. Der Auffassung der Reichsregierung, daß das infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage neu aufgetauchte bzw. mit Sicherheit zu erwartende Defizit im Reichshaushalt sofort ausgeglichen werden müsse, stimmen wir zu, da sonst eine Mißwirtschaft wieder zugelassen wird, der durch die sogenannte Ley-Schacht und durch die ersten Finanzvorlagen der Weg verbaut werden sollte. Da es sich hierbei aber nur um eine Zwischenlösung, um Notstandsmaßnahmen, handelt, dürfen jetzt keine Steuermaßnahmen ergriffen werden, welche einer Weiterbildung und Reform unserer Finanzgebarung mit dem Ziel der

Neuaufteilung der Aufgaben und Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden

vorgreifen. Die Lösung dieser Aufgaben, so daß sie am 1. April 1931 wirksam werden, wird Sache der Winterarbeit des Reichstages sein, für die wir rechtzeitig die Gesetzesvorlagen erwarten. Die Durchführung der Ley-Schacht erscheint uns unbedingt geboten, wenn nicht der Glaube an den festen Willen des Reichstages zu einer ehrlichen Finanzgebarung aufs tiefste erschüttert werden soll. Es würde zu Fehlmaßnahmen führen, wenn man die jetzigen Krisenerscheinungen in der deutschen Wirtschaft, damit aber auch in den deutschen Finanzen, lediglich als eine Konjunkturkrisis werten sollte.

Wir lehnen jedoch ein direktes Eingreifen der Gesetzgebung und Verwaltung in die Preisbildung ab,

soweit nicht bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten hierauf Einfluß gewonnen werden kann. Insbesondere lehnen wir einen Eingriff der Gesetzgebung in bestehende Lohnabkommen und Tarifabreden der Wirtschaft ab, nicht zum wenigsten auch aus dem Grunde, weil wir uns grundsätzlich gegen die Einführung politischer Löhne in Deutschland wehren. Wohl aber hat es das Reich in der Hand, durch gesetzliche Maßnahmen z. B. eine Lockerung der Kartellwirtschaft und der Preisbindungen herbeizuführen und durch andere Maßnahmen die langsam in Gang kommende Senkung des Preisstandes in Deutschland zu fördern und zu beschleunigen. Insbesondere aber werden Reich, Länder und Gemeinden sich dazu bequemen müssen, ihren Etat mit äußerster Sparsamkeit aufzustellen und ihre Ausgabenwirtschaft sowohl nach der personellen wie nach der sachlichen Seite aufs äußerste zu beschränken. Die Reichshilfe, wie sie jetzt als Zwischenmaßnahme gefordert wird, wird mit dem 31. März 1931 nicht ihr Ende finden, sondern wird als allgemeiner Gehaltsabbau auch über diesen Zeitpunkt hinaus fortgeführt werden. Daß damit eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates und eine Zusammenlegung der Behörden zunächst im Reiche parallel gehen muß, versteht sich von selbst, ebenso die Senkung überhöhter Gehälter, insbesondere auch bei den leitenden Beamten der Reichsbahn. Um dies zu erreichen, erscheint es uns vor allem notwendig, daß

die Gemeinden,

bei denen die Notlage am dringlichsten zu werden droht, in gewissem Umfang wieder die Autonomie über ihre eigene Finanzgebarung erhalten, daß ihnen insbesondere in gewissem Umfang wieder die Selbstverantwortung für die Aufbringung ihrer Ausgaben zugewiesen wird. Vorschläge, welche in dieser Beziehung gemacht worden sind (z. B. Vergnügungssteuer, Bürgerabgabe und dergl.), werden ernstlich zu prüfen sein, dürfen deswegen aber auch bei den augenblicklich zur Beratung stehenden Uebergangsmaßnahmen nicht vorweggenommen werden. Dabei wird reichsgesetzlich Vorsorge zu treffen sein, daß den den Gemeinden zuzuweisenden eigenen Einnahmequellen vorzugsweise zur Senkung der durchaus unerträglich hoch gewordenen Realsteuern verwendet werden. Zur Wiederherstellung des auf den Nullpunkt gesunkenen Vertrauens in die Finanzgebarung der Gemeinden wird von uns, nach englischem Vorbild die Einrichtung des öffentlich angestellten, unabhängigen Kontrolleurs der Finanzgebarung in jeder Gemeinde (Public Auditor) empfohlen. Auch

die Länder

müssen aus dem Zustand befreit werden, daß sie in weitgehendstem Maße zur Kostgängern des Reiches geworden und dadurch aus der Haftung für ihre eigene Finanzgebarung entlassen sind. Sie müssen durch den neuen Finanzausgleich mit einer weitergehenden Autonomie hinsichtlich ihrer Einnahmen ausgestattet werden, um die Voraussetzungen für eine wesentliche Reduzierung der Ueberweisungen des Reiches an die Länder zu schaffen, und die Verantwortung der letzteren für ihre Ausgabenwirtschaft zu verstärken. Wir denken hierbei vor allem an die Zuweisung der Getränkesteuer an die Länder, die diese dann nach ihren eigenen Bedürfnissen ausgestalten und verwenden können. Auch hinsichtlich dieser Steuern verbietet sich bestimmt eine Vorwegnahme durch die jetzige Zwischenlösung.

Die Reichsbahn fordert erneut Lastensenkung

Gütertariferhöhung vertagt. — Weiterhin ungünstige Einnahmeentwicklung.

Die Stuttgarter Verwaltungsratssitzung.

Die bedrohliche Finanz- und Tariflage der Reichsbahn, auf die wir wiederholt und zuletzt noch in der Sonntagszeitung vom 6. Juli hingewiesen haben, ist in der angekündigten Sitzung des Verwaltungsrates in Stuttgart noch einmal mit allem Nachdruck festgestellt worden. Wir haben immer wieder betont, daß eine Senkung der Personalkosten des Unternehmens vorgenommen werden muß, um die Erhöhung der Gütertarife zu vermeiden.

Auf diesem Standpunkt hat sich auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn gestellt, indem er gestern die Frage einer Erhöhung der Gütertarife zunächst weiter vertagt hat, aber angesichts der zunehmenden Verschlechterung der Einnahmen um so dringlicher an die Reichsregierung im Sinne des bekannten Schreibens des Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft an den Reichskanzler appelliert, d. h. Maßnahmen zur Herabsetzung der Personalkosten verlangt, die der Reichsbahn in unberechtigter und unerträglicher Weise durch staatliche Eingriffe aufgebürdet worden sind.

Ueber die gestrige Sitzung des Verwaltungsrates in Stuttgart wird folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Stuttgart, 8. Juli.

Am 7. und 8. Juli 1930 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Stuttgart. Der Verwaltungsrat stimmt der Reichsregierung bei, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft, wie der mit dieser eng verknüpften Reichsbahn selbst, eine möglichst wirksame Förderung der Arbeitsgelegenheit durch die Reichsbahn geboten ist.

Die begonnenen Verhandlungen wegen Beschaffung der nötigen Mittel sollen mit Beschleunigung fortgesetzt werden. Sobald diese Mittel gesichert sind, sollen die Aufträge erteilt werden.

Auch in der letzten Zeit ist die Einnahmeentwicklung der Reichsbahn ungünstig gewesen. Von Januar bis Juni 1930 sind die Betriebseinnahmen um rund 310 Mill. Mark hinter den vergleichbaren Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben. Um so dringlicher ist zu erwarten, daß die Reichsregierung im Sinne des bekannten Schreibens des Präsidenten des Verwaltungsrats neben der noch ausstehenden Genehmigung der beantragten Personentariferhöhung weitere Wege zu der unbedingt nötigen dauernden Verbesserung der Betriebsrechnung der Reichsbahn findet. Aus diesem Grunde hat der Verwaltungsrat die Frage der Gütertariferhöhung zunächst weiter vertagt.

Den Vorschlägen der Württembergischen Regierung für die Verbesserung der Stuttgarter Nahverkehrsverhältnisse wurde zugestimmt. Durch Hergabe eines Darlehens des Landes Württemberg unter günstigen Zinsbedingungen wird es möglich, die Strecke Ludwigsburg—Stuttgart—Eßlingen zu elektrisieren und die Strecke Ditzingen—Leonberg zweigleisig auszubauen.

Aus den vorstehenden Beschlüssen wird der volle Ernst der finanziellen Situation bei der deutschen Reichsbahn ersichtlich. Aus dem Kommuniqué geht ferner hervor, daß die beantragte Erhöhung der Personentarife noch nicht genehmigt ist und daß im übrigen auch die Kreditverhandlungen zur Beschaffung der Mittel für die Durchführung des bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms noch in der Schwebe sind.

Es ist nunmehr an der Reichsregierung, energisch zu handeln, um die schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft und das Reich zu vermeiden, die unbedingt eintreten müssen, wenn die Lasten der Reichsbahn nicht schleunigst die zur Wiederherstellung einer gesunden Finanzlage notwendige Senkung erfahren.

Woldemaras redivivus?

Rückwirkungen litauischer Innenpolitik auf Memelland. — Die Schwachheit unserer Außenpolitik.

Aus Kowno wird uns geschrieben:

Die kürzlich durch die Presse gegangene Nachricht, daß der Ex-Ministerpräsident des litauischen Staates, Woldemaras, auf der Versammlung der Regierungspartei, der Tautininkai, stürmisch gefeiert worden sei, hat nach allem Vorausgegangenen sicherlich überraschen müssen. Denn noch wenige Tage vorher hörte man, daß die Verhaftung und nachfolgende Verbannung dieses eigenwilligen Politikers unmittelbar bevorstände. Dieser offenbare Widerspruch beleuchtet am besten die höchst eigenartige Lage, die sich seit dem Sturze Woldemaras' ergeben hat. Man wußte sehr wohl — und Woldemaras selbst wußte es am besten —, daß er eine sehr mächtige Gegnerschaft hatte, die seinen ersten Mißerfolg benützen würde, um ihn auszuschalten. Ein solcher Mißerfolg war sein letztes Auftreten in Genf, wo ihm ein wohlvorbereiteter Schachzug Briands die gegen Polen nicht ungeschickt gemischten Karten aus der Hand schlug. Es kamen die Gegensätze zu den führenden Persönlichkeiten der katholischen Geistlichkeit und ein heftiger Streit mit dem einflußreichen Leiter der litauischen Staatsbank, der Kownoer Emissionsbank hinzu, um einen Sturm zu entfachen, der es dem Staatspräsidenten Smetona nicht mehr zu erlauben schien, seinen politischen Weggenossen und Ministerpräsidenten zu halten. Sein Nachfolger, Tubelis, war ein kranker und schwacher Mann, seine Ernennung von vornherein eine Interimslösung.

Woldemaras zeigte als gestürzte Größe die an ihm bekannte Klugheit und Verschlagenheit. Angebote auslänbischer Gesandtenposten schlug er in der klaren Erkenntnis aus, daß er Kowno nicht verlassen dürfe, wenn er die Fäden so in der Hand behalten wollte, daß eine Rückkehr zur Macht im Bereich des Möglichen blieb. Er setzte sich in seiner vielbegehrten Dienstwohnung fest und trug ein mit wissenschaftlichen Arbeiten verbrämtes otium cum dignitate zur Schau. Er war wieder ganz Professor, der Staatsmann von europäischem Ruf schien eine der Vergangenheit angehörende Episode.

Inzwischen entwickelten sich die Dinge so, wie er, der Kenner seiner Landsleute, es wohl erwartet hatte. Und man würde seiner Energie und Geschicklichkeit wohl Unrecht tun, nähme man an, daß er diese Entwicklung nicht durch die für ihn verfügbaren persönlichen Einflüsse gefördert hätte. Die Regierung hatte seinen Sturz der Bevölkerung gegenüber mit Erklärungen begleitet, die eine Abkehr von dem bisherigen Regime der Willkür und des Anti-Parlamentarismus zu verheißen schienen. Tatsächlich aber sahen sich die regierenden Tautininkai gar nicht in der Lage, eine durchgreifende Aenderung eintreten zu lassen, denn jeder Wahlakt, gleichviel welchen Systems, mußte automatisch die hoffnungslose Minderheit aufdecken, die hinter der Regierungspartei steht, trotz aller Bemühungen, den Einfluß des Klerus auf dem flachen Lande auszuschalten. Eine Möglichkeit hätte vielleicht darin bestanden, die Leitung der Regierungsgeschäfte einer Persönlichkeit zu übertragen, die wohl dem Herzen nach trotz äußerer Wandlungen immer im klerikalen Lager gestanden hat und in der Lage gewesen wäre, Brücken zum Lager der „Christlichen" zu schlagen. Diese Persönlichkeit war und ist der ehrgeizige